Jugendsozialarbeit
→ aktuell
Nummer 207
Mai 2022

Sehr geehrte Leser*innen,

auf je rund 100 Seiten Text haben die derzeit im NRW-Landesparlament vertretenen demokratischen Parteien ihre Vorstellungen für die Zukunft des bevölkerungsreichsten Bundeslandes zusammengefasst. Die derzeit regierenden Parteien versäumen es dabei nicht, gleichzeitig auch ihre Erfolge der letzten Legislaturperiode aufzuzählen, um dann „Von hier aus weiter" zu gehen (Titel des FDP-Programms) und zu „Machen, worauf es ankommt" (CDU-Programm). Während man hier jemanden vor dem inneren Auge sieht, der sich die Ärmel aufkrempelt und seinen Job weiter macht – schließlich wollen die beiden Parteien gerne auch zukünftig die Regierungsverantwortung tragen – wollen die GRÜNEN „Von hier an Zukunft" gestalten, während die SPD schon selbstbewusst ein Regierungsprogramm veröffentlicht und skizziert, wie „Unser Land von morgen" aussehen soll.

Mit Blick auf eine neue Legislaturperiode hat sich auch die Katholische Jugendsozialarbeit in NRW mit der zukünftig notwendigen Unterstützung benachteiligter junger Menschen auseinandergesetzt und im Januar dieses Jahres acht zentrale Forderungen an die zukünftige Landespolitik formuliert: Sie reichen vom Ausbau aufsuchender Jugendsozialarbeit über digitale Ausstattung, von sozialem Wohnungsbau bis zur Integration junger Migrant*innen und der Bekämpfung von Corona-Folgen. Welche Antworten und Ideen hierzu lassen sich in den Wahlprogrammen finden und wie soll die Kinder- und Jugendförderung in NRW zukünftig gesichert und gestaltet werden? Zu drei ausgewählten Themen habe ich einen Vergleich angestellt.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.

Stefan Ewers
Geschäftsführer

Was planen die Parteien in NRW? – Ein Vergleich

Stefan Ewers

Kinder- und Jugendförderplan

Zu Beginn der auslaufenden Legislaturperiode wurde der Kinder- und Jugendförderplan des Landes (KJFP NRW) um rd. 20 Prozent aufgestockt und erfährt seitdem jährlich eine dynamische Anpassung, welche auf der aktuellen Tarifentwicklung sowie der Preissteigerungsrate fußt. 2022 fließen insgesamt über 132 Mio. EUR in den KJFP NRW.

Die **CDU** weist daher gerne darauf hin, dass sie den „Kinder- und Jugendförderplan finanziell auf Rekordniveau erhöht und nachhaltig dynamisiert" (S. 57) habe. Sie ist allerdings auch die einzige Partei, die neue inhaltliche Schwerpunkte eines neuen KJFP NRW benennt, während sie sich deutlich dafür ausspricht, den KJFP weiter zu stärken und die Dynamisierung fortzusetzen: Es soll neben einem neuen „Förderbereich zur Stärkung von Inklusion und junger Menschen mit Behinderung" ein Schwerpunkt auf „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" gesetzt werden. Darüber hinaus will die CDU eine Sonderförderung „Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche" sowie ein „Sonderprogramm zur Ertüchtigung von Kinder- und Jugendhäusern" auflegen und „einen differenzierten Aktionsplan „Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen" erarbeiten und umsetzen".

Während die CDU die Zweckfreiheit der Kinder- und Jugendarbeit anerkennt und Freiräume für Gemeinschaftserlebnisse ermöglichen will, möchte die **FDP** „die außerschulischen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit als demokratische Bildungsorte und freiwillige Lernorte weiter stärken. Kinder und Jugendliche sollen flächendeckend Zugang zu den vielfältigen Möglichkeiten der Bildung erhalten und allgemeine, soziale, kulturelle und persönliche Kompetenzen erwerben können." Es mag anders gemeint sein – für mich klingt das sehr nach einer

LAG KJS NRW: Forderungen zur Landtagswahl NRW 2022

https://www.jugend-sozialarbeit.info/jsa/lagkjsnrw/web.nsf/gfx/med_isot-cd9gt5_54dac/$file/2022-Forderungen-Landtagswahl-final.pdf

CDU Nordrhein-Westfalen: Machen, worauf es ankommt.

https://mitmachen.cdu-nrw.de/assets_lp/188500b4a26d29bcdccecb-8102d9a9aa/lp/73/141/Wahlprogramm_20der_20CDU_20Nordrhein-Westfalen_20_281_29.pdf

einseitigen Betonung des Bildungsauftrages.

Ganz anders die **SPD**: Sie findet, „junge Menschen brauchen Freiräume. Sie benötigen freie Zeit, um selbstbestimmt Erfahrungen zu sammeln, sich eine eigene Meinung zu bilden und sich zu engagieren. Jugendliche und junge Erwachsene sind eben nicht nur Schülerinnen und Schüler, Azubis oder Studierende.“ Daher möchte sie „den Kinder- und Jugendförderplan in diesem Sinne weiterentwickeln und besser finanziell ausstatten“. Jugendverbände, Freie Wohlfahrtspflege und die Offene Kinder- und Jugendarbeit sind die wichtigen Partner, wenn man für Kinder und Jugendliche Freiräume schaffen und ihnen auf Augenhöhe begegnen will. Die SPD spricht sich daher für eine breite Kinder- und Jugendbeteiligung aus und will „in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam mit den Jugendverbänden eine Strategie für eine einmischende Kinder- und Jugendpolitik auf Landesebene verwirklichen und als Querschnittsaufgabe strukturell, krisenfest und verbindlich verankern“. Denn sie weiß: „Echte Partizipation funktioniert nur, wenn wir jungen Menschen auch Gestaltungsmacht geben.“

Und die **GRÜNEN**? Auch sie sprechen sich für eine eigenständige und inklusive Jugendarbeit aus und betonen den Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung und die Notwendigkeit von Freiräumen. Für die GRÜNEN sind Demokratie, Antirassismus, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte zentrale Themen der Jugendverbandsarbeit und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Daher sollen bewährte Projekte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit strukturell verankert werden. Der Kinder- und Jugendförderplan werde inklusiv ausgestaltet und die erforderlichen Mittel bereitgestellt, damit Angebote der Kinder- und Jugendarbeit barrierefrei gestaltet werden können.

Übrigens - da bisher nur von Jugendverbands- und Offener Kinder- und Jugendarbeit die Rede war: Den Begriff Jugendsozialarbeit sucht man in allen Parteiprogrammen vergeblich. Aber ich möchte mich nicht an Begrifflichkeiten aufhalten, sondern im Folgenden einen inhaltlichen Blick exemplarisch zu zwei unserer Forderungen in die Parteiprogramme werfen.

Schulsozialarbeit

Aus Sicht der Jugendsozialarbeit bietet Schulsozialarbeit nicht nur eine individuelle Förderung und Begleitung. Sie sieht ihren Auftrag auch darin, Benachteiligungen abzubauen und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Auch wenn die finanzielle Aufstockung der ehem. „BuT-Schulsozialarbeit“ sowie die Einrichtung des „Fachkreis Schulsozialarbeit“ erste positive Schritte der Weiterentwicklung sind, fordern wir die Landespolitik auf, den in § 13a SGB VIII formulierten Bezug zur Jugendhilfe anzuwenden, die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten der Schulsozialarbeit zu einem Förderprogramm Schulsozialarbeit in gemeinsamer Verantwortung von Jugendhilfe und Schule zusammenzufassen, dieses flächendeckend und nachhaltig umzusetzen.

Aus Sicht der **FDP** – die in ihrem Programm „weltbeste Bildung“ fordert, sind „Professionen wie Schulsozialarbeit, Sozial- oder Sonderpädagogik, Schulpsychologie und viele weitere (...) eine nicht mehr wegzudenkende Unterstützung in unseren Schulen“. Es brauche nicht nur hervorragende Lehrkräfte, „damit Unterricht in unseren Schulen gelingen kann“. Multiprofessionelle Teams sollen daher als disziplinübergreifende, wertvolle Kompetenznetzwerke fest verankert werden, um die individuelle Förderung der Schüler*innen zu verbessern. Schulsozialarbeit müsse dabei auch vor Ort in die schulischen Konzepte, unter anderem gegen Ausgrenzung, Intoleranz und Hass, integriert werden. Schulsozialarbeit und Schulpsychologie sollen weiter ausgebaut und mit Stellen im Landeshaushalt abgesichert und gesteuert werden. „Die Verteilung entsprechender Stellen soll verstärkt auch unter Anwendung eines schulscharfen Sozialindex erfolgen.“

Laut **SPD** braucht es „mehr Personal für mehr Chancengleichheit“. Für sie bestehen multiprofessionelle Teams aus Lehrer*innen, Erzieher*innen, Kinderpfleger*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Sonderpädagog*innen, Pädagog*innen, Kindheitspädagog*innen, Schulpsycholog*innen, Gesundheits- und Krankenpfleger*innen sowie Therapeut*innen. „Diese können sich gegenseitig unterstützen und Kindern und Jugendlichen erweiterte Bildungschancen bieten. In diesem Zusammenhang muss die Schulsozialarbeit gesichert und verstetigt werden.“

Die **CDU** hat im Gegensatz dazu ganz die Lehrkräfte im Blick und sorgte in der letzten Legislaturperiode dafür, dass die Lehrkräfte sich auf das konzentrieren konnten, „wofür sie ausgebildet wurden: auf guten Unterricht“. Anscheinend nur deshalb hat man neben der Einrichtung von Schulverwaltungsassistent*innen-Stellen und der Überar-

beitung der Lehrpläne auch die Schulsozialarbeit dauerhaft gesichert. „Damit sich Lehrkräfte noch stärker auf Unterricht konzentrieren können, werden wir sie weiter mit multiprofessionellen Teams entlasten, bspw. durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Heilpädagoginnen und -pädagogen, schulpsychologische Dienste, IT-Fachkräfte und Schulverwaltungskräfte."

Schulsozialarbeit ist aus Sicht der CDU anscheinend nur eine Entlastungsleistung für gestresste Lehrer*innen und keine eigene Profession, die im Netzwerk mit anderen Professionen ihren Beitrag zu gelingenden Bildungs- und Lebensbiografien leistet.

Die **GRÜNEN** wollen die „vom Bund zur Verfügung gestellten Investitionsmittel, die Schulbudgets für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren sowie die zusätzlichen Stellen für Schulsozialarbeiter*innen nach sozialen Kriterien verteilen, damit sie vor allem dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Mit verschiedenen Partner*innen, Expert*innen aus der Zivilgesellschaft und vielen anderen Menschen wollen sie dafür sorgen, dass Schüler*innen ein breites Bildungsangebot in allen Schulformen und damit echte Chancen für ihre Zukunft erhalten.

Ausbildung

Als katholische Jugendsozialarbeit stellen wir fest, dass es jungen Menschen gerade in dieser Zeit an beruflicher Perspektive fehlt. Daher fordern wir die Landespolitik auf, im Rahmen eines Sonderprogramms zeitlich befristet für die kommende Legislaturperiode außerbetriebliche Ausbildungsplätze vor allem für (markt-) benachteiligte junge Menschen zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig das Jugendwohnen für junge Menschen in schulischer oder beruflicher Ausbildung bedarfsgerecht auszubauen.

Die **GRÜNEN** schließen sich dieser Forderung an und wollen außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten erweitern und jungen Menschen eine Ausbildung garantieren, „damit alle Jugendlichen auch in Krisenzeiten in die Zukunft starten können". Diese Ausbildungsgarantie beinhaltet nach Ansicht der GRÜNEN „das Recht darauf, einen Schulabschluss zu erwerben oder eine Ausbildung abzuschließen". Hierzu sollen auch Angebote im zweiten Bildungsweg – bei Volkshochschulen wie auch bei Freien Trägern – verstärkt, die Berufskollegs zu regionalen Zentren der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung ausgebaut und bei Bedarf auch außerbetriebliche Ausbildungsangebote ausgeweitet werden. Nicht zuletzt wohl auch um die Attraktivität einiger Berufe zu steigern, fordern die GRÜNEN, dass „Ausbildungsgehälter und Gehälter nach der Ausbildung deutlich ansteigen" müssen. Die Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss" (KAoA) ist für die GRÜNEN ein Erfolgsmodell, was sie weiterentwickeln wollen. Die Berufseinstiegsbegleitung soll weiter gefördert werden.

Aus Sicht der **FDP** ist die „Landesinitiative zur Berufsorientierung „Kein Abschluss ohne Anschluss" (KAoA) (...) noch nicht so gut, wie sie sein muss". Sie soll daher praxis- und jugendgerecht weiterentwickelt werden. Die FDP ist der Auffassung: „Berufsorientierung muss zunächst motivieren und Lust machen und darf nicht primär aus reiner Analyse aus Erwachsenensicht bestehen." Sie will daher „mit dem Ausbau von modularen Ausbildungen und zertifizierten Teilqualifikationen sowie einem vermehrten Angebot an Teilzeitausbildungen (...) den Einstieg in eine Ausbildung erleichtern. Sie weist darauf hin, dass sie mit dem „Ausbildungsprogramm NRW" Jugendliche mit Unterstützungsbedarf in benachteiligten Regionen Nordrhein-Westfalens mit rund 1.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen jährlich unterstützt hat. Dies soll fortgesetzt und zudem Matchingprozesse verbessert werden.

Ebenso wie die katholische Jugendsozialarbeit stellt die FDP fest, dass sich die Problematik auf dem Ausbildungsmarkt durch die Corona-Pandemie verschärft hat. Ihr Lösungsvorschlag: Über eine verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen, Arbeitsagenturen und Schulen bei der Vermittlung und Ausbildungsmotivation sowie mit der Unterstützung von Ausbildungsbetrieben soll ein bedarfsgerechtes Angebot an Ausbildungsstellen gesichert werden. Die FDP weist darauf hin, dass mit der Erhöhung der Fördermittel des Landes von zwei auf acht Millionen Euro für die rund 120 überbetrieblichen Bildungsstätten (ÜBS) von Handwerk und Industrie die Infrastruktur für berufliche Bildung, Qualifizierung und Meisterschulen verbessert worden ist. Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit und den Kammern soll das Matching von Bewerber*innen und Ausbildungsbetrieben verbessert werden. Neben einer stärkeren überregionalen Vermittlung soll dies auch durch ein Angebot von Azubi-Wohnheimen unterstützt werden.

Beim Thema Ausbildung setzt die **CDU** vor

FDP Landesverband NRW: Von hier aus weiter. Landtagswahlprogramm der Freien Demokraten Nordrhein-Westfalen

https://www.fdp.nrw/sites/default/files/2022-03/Beschlussfassung%20Landtagswahlprogramm%202022_3.pdf

SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen: Unser Land von Morgen – Regierungsprogramm der NRWSPD zur Landtagswahl 2022

https://www.nrwspd.de/wp-content/uploads/sites/2/2022/03/unser-land-von-morgen-regierungsprogramm-der-nrwspd-2022-2027.pdf

Partei Bündnis 90/Die Grünen - Landesverband: Von hier an Zukunft. Das Grüne Wahlprogramm. Landeswahlprogramm 2022

https://gruene-nrw.de/dateien/ltw22_Wahlprogramm_gruenenrw.pdf

allem auf die duale Ausbildung und will eine Fachkräfteoffensive für das Handwerk starten und die duale Ausbildung stärken, um die Zukunft unserer Unternehmen zu sichern und „den Menschen eine Perspektive für ein glückliches und selbstbestimmtes Leben“ zu bieten. Auch wenn die CDU laut eigenen Aussagen zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung steht, sieht sie die Notwendigkeit, dass NRW mehr junge Menschen brauche, „die sich guten Ausbildungsberufen widmen und so einen aussichtsreichen Karriereweg einschlagen“.

Deshalb will sie „die duale Ausbildung stärken und junge Menschen motivieren, praktisch zu arbeiten“. Darüber hinaus sollen die Schulabschlüsse der Sekundarstufe I gestärkt und auf die berufliche Ausbildung ausgerichtet werden. Hierfür sei eine schulische Ausbildung mit mehr Praxisabschnitten notwendig, die eine bessere Verzahnung mit Handwerk und Industrie gewährleistet.

Auch das „Übergangssystem Schule-Beruf mit seinem Herzstück „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA)“ soll so weiterentwickelt werden, „dass sich Jugendliche und junge Erwachsene schon in der Schule von den Vorteilen einer dualen Ausbildung überzeugen können. Damit sollen sie eine Entscheidungshilfe zugunsten eines zukunftsfähigen Berufslebens in einer dualen Ausbildung erhalten.“ Darüber hinaus will die CDU KAoA „noch stärker auf die Jugendlichen mit Unterstützungsbedarf ausrichten“.

Geht es nach der CDU, sollen alle Schüler*innen Berufsfelderkundungen und Praktika in einem Handwerks- oder Industriebetrieb machen. Hierzu soll mit den zuständigen Kammern ein Konzept erarbeitet werden. Außerdem will sie, dass junge Menschen verstärkt in den Schulen über ihre Erfahrungen mit der dualen Ausbildung berichten.

Und: Die Ausbildungsgarantie des Bundes soll „in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Partnern des Ausbildungskonsenses in Nordrhein-Westfalen“ umgesetzt werden.

Auch die **SPD** will die duale Ausbildung attraktiver machen und damit beginnen, dass der Übergang von der Schule in den Beruf noch besser begleitet wird. Die SPD verspricht: „Kein junger Mensch wird auf der Strecke bleiben.“ „KAoA – Kein Abschluss ohne Anschluss“, das Erfolgsprogramm, das die SPD gemeinsam mit den GRÜNEN eingeführt hat, soll gestärkt und weiterentwickelt werden. Sie ist der Ansicht, dass Schüler*innen ohne Abschluss auch zweite, dritte oder immer neue Chancen brauchen.

Wer trotz aller Bemühungen keinen Ausbildungsplatz finden kann, erhält die Chance zur Nachqualifizierung und ersten beruflichen Erfahrungen. Das Konzept der Produktionsschulen soll deshalb wieder aufgenommen und finanziell langfristig absichert werden, um Jugendliche, die im Schul- und Ausbildungssystem scheitern, konsequent aufzufangen. Hier können Schulabschlüsse nachgeholt werden, Praxiserfahrung gesammelt und ein Ausbildungsabschluss erzielt werden. Und sie verspricht nochmals: „Kein junger Mensch bleibt in Nordrhein-Westfalen ohne Abschluss zurück.“ Da ist es nur folgerichtig, wenn die SPD in ihrem „Regierungsprogramm“ verspricht, „eine Ausbildungsplatzgarantie in Nordrhein-Westfalen einführen“.

Alles nur leere Versprechungen?

Keiner ist so naiv zu glauben, dass Parteien ihre Programme in einer Regierung zu 100 Prozent umsetzen können. Politik ist immer auch ein Aushandlungsprozess, der Kompromisse erfordert, wodurch sich auch Positionen und Vorhaben ändern. Bei der derzeitigen politischen Lage in NRW ist sicher davon auszugehen, dass mindestens zwei, vielleicht auch drei Parteien in Zukunft die Regierungsverantwortung tragen werden. In einigen Punkten scheint es durchaus Übereinstimmungen zwischen den Parteien zu geben – nicht zuletzt auch in den beiden beleuchteten Themenfeldern. Schulsozialarbeit, Ausbildungsplätze, Ausbildungsgarantie – wie eine zukünftige Regierung diese und weitere, für die Arbeit mit benachteiligten jungen Menschen zentralen Themenfelder umsetzen und weiterentwickeln wird, werden wir genau im Blick haben und uns auch zukünftig an Stellen, wo es uns notwendig erscheint, einbringen.

IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Kleine Spitzengasse 2 - 4
50676 Köln
E-MAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
WEB: www.jugendsozialarbeit.info

Katholische Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen
Denken in Chancen.

jugendsozialarbeit aktuell (Print)
ISSN 1864-1911
jugendsozialarbeit aktuell (Internet)
ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers
REDAKTION: Franziska Schulz
DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln